

Wider das Diktat der „Troika“.

Griechenlands und Europas Alternativen und Perspektiven

Jannis Milios¹

1. Austerität als Mechanismus der Macht- und Einkommensumverteilung zu Ungunsten der sozialen Mehrheit.

Die soziale Mehrheit in allen Länder Europas erlebt eine mehr oder weniger akute Krise, die überall mit einem Wort beschrieben werden kann: Austerität. Zehn Jahre zuvor galt es als trivial, europäische Länder – im Gegensatz zu denjenigen in anderen Teilen der kapitalistischen Welt – als Wohlfahrtsstaaten zu bezeichnen. Heutzutage hört sich das wie ein schlechter Witz an. Europas zweiter Name lautet inzwischen Sparpolitik, und mögliche Ansteckungen sind nicht mehr reine Theorie, sondern finden hier und heute statt. Tatsächlich sind Sparpolitik und Ansteckungsgefahren miteinander verschränkt und bilden einen gefährlichen Strudel, der sich den Interessen des Kapitals in Europa verdankt.

In Griechenland wird die Austeritätspolitik von der Troika, bestehend aus der EZB, den IWF und die EU-Kommission, diktiert. Jedoch ist die Troika selbst das Ergebnis einerseits der Interessen der einheimischen ökonomischen und politischen Eliten und andererseits der Struktur der Eurozone.

Die Austeritätspolitik in Griechenland, wie in anderen EU-Ländern, setzte einen akuten Rezessionsprozess im Gange. Der kumulative Rückgang des Bruttoinlandproduktes seit 2009 beträgt 23% in konstanten Preisen, was die größte Rezession seit dem 2. Weltkrieg bedeutet. Die offizielle Arbeitslosigkeit stieg von 8,5% in 2007 auf 27% am Ende von 2013. Die Bruttokapitalinvestitionen wurden auf das Niveau von 1996 vermindert.

Das war vor allem das Ergebnis der Austeritätspolitiken der griechischen Regierungen nach 2010, die dazu gezielt haben, die Konsequenzen der Krise auf die Schultern der sozialen Mehrheit (der Arbeiterklasse, der kleinen Unternehmer und der Selbständigen) zu legen. Die Lohnabhängigen haben als gesellschaftliche Gruppe zwischen 2009-13 im Durchschnitt um 45% ihres Gesamteinkommens verloren

1. Professor für Politische Ökonomie an der TU Athen und Europaparlament Kandidat mit SYRIZA (Partei der Europäischen Linken).

(wegen Lohnabkürzungen, Arbeitslosigkeit, Inflation und erhöhten Steuerbelastung). Ca. 35% der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze.

Der „Gewinn dieser Krise“ für die herrschenden ökonomischen Eliten ist einerseits eine enorme Einkommensumverteilung von den Werktätigen und den kleinen Unternehmern zum Großkapital, und andererseits die Abschaffung jeglichen Schutzes der Arbeit, die Demontage der Sozialversicherungssysteme und die Privatisierung öffentlichen Eigentums gewesen, die im und mit dem Schock der Krise durchgesetzt werden konnten. Auf der politischen Ebene, die bisher regierenden Parteien haben die finanzielle und wirtschaftliche Krise als eine Chance für extreme neoliberale Maßnahmen betrachtet, die alle bürgerliche Regierungen in den letzten 20 Jahren durchzusetzen versuchten, die jedoch ständig am Widerstand der Betroffenen scheiterten.²

Nach allen Informationen wurde das Troika-Programm zum größten Teil von griechischen Politikern bzw. Unternehmerverbänden geschrieben. Die griechische Regierung sowie die EU-Behörden haben alle Mittel genutzt, um die Bedingungen für die Unterzeichnung und Durchsetzung des Programms zu schaffen. Diese Schlussfolgerung bekräftigte auch der Athener Staatsanwalt für Wirtschaftskriminalität. Er hat eine Untersuchung eingeleitet, die klären soll, ob 2010 auf Druck von Eurostat und der griechischen Regierung das griechische Amt für Statistik Zahlen gefälscht hat, damit ein höheres Staatsbudgetdefizit herauskommt – um auf diese Weise leichter Sparmaßnahmen durchsetzen zu können.

Diese extreme Austeritätspolitik würden aber undenkbar, ohne die bestimmte Struktur der Eurozone, die alle Mitgliedsstaaten zu einem vergrößerten Ausfallrisiko der Staatsfinanzen unterwirft.

2. Neoliberale Strategien und die Struktur der Eurozone

2. Schon als Oppositionsführer hatte Giorgos Papandreou Gespräche mit dem damaligen IWF-Direktor Strauss-Kahn über eine Intervention des Fonds in Griechenland geführt. Bald nach seinem Wahlsieg sprach er öffentlich von der „maroden“ griechischen Wirtschaft und der Unfähigkeit des griechischen Staates, die Krise zu meistern. Die internationalen Märkte hatten dann das Investitionsrisiko in griechischen Wertpapieren als hoch bewertet und deren Zinssätze sind in die Höhe geschossen. Kurz danach wurde das Memorandum über die so genannte Stabilisierungshilfe zwischen der „Troika“ aus IWF, EZB und EU-Kommission und der griechischen Regierung unterschrieben.

Der Euro hat ein strategisches Ziel, das von den herrschenden Klassen in der gesamten Eurozone angestrebt wird: Die Liberalisierung des Waren- und Kapitalverkehrs und die Intensivierung der Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalen als Mittel, um die Arbeitskraft „elastischer“ zu machen und die Umstrukturierung ökonomischer und politischer Verhältnisse zu Gunsten des Kapitals zu erreichen. Diese Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bringt eine extreme Variante der internationalen Konkurrenz hervor, die auf der ständigen „Anpassung“ der Arbeit beruht.

Es ist weithin bekannt, dass die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in Verbindung mit der einheitlichen Währung notwendigerweise den Verlust über die Kontrolle der Geld- und Kreditpolitik nach sich zieht. Damit können wirtschaftliche Verhältnisse geschaffen werden, die die traditionelle Wohlfahrtspolitik zerstören. Dass die Produktivität schneller steigt als die Reallöhne, ist die Voraussetzung, die gewährleistet, dass die Kapitalakkumulation schnell fortgesetzt werden kann.

Der Binnenmarkt hat also *alle* europäischen kapitalistischen Systeme im Kampf gegen die Arbeiterklasse begünstigt. Jedoch hat er auch eine typische Asymmetrie zwischen den europäischen Sozialformationen geschaffen, die dem ähnelt, was in der Geschichte des Kapitalismus die „holländische Krankheit“ genannt wurde: Diejenigen Länder, die im internationalen Vergleich eine überdurchschnittlich hohe nationale Profitrate und daher auch überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielten (und das ist vor allem bei Irland, Griechenland und Spanien der Fall), wurden gleichzeitig mit einer positiven Kapital- und einer negativen Handelsbilanz konfrontiert.

Das relativ schnelle Wachstum der so genannten „Peripherie“ (zusammen mit dem moderaten Wachstum des so genannten „Zentrums“) reduzierte deutlich die Entwicklungslücke zwischen den europäischen Staaten und Regionen.³ Gleichzeitig wurden die höheren Wachstumsraten in den „peripheren“ EU-Volkswirtschaften sowohl von einer schnellen Senkung der Kosten von inländischen Anleihen und

3. In der Periode von 1995 bis 2008 erlebte Griechenland ein *reales* Wachstum von 61%, Spanien von 56% und Irland von 124,1% – ganz im Gegensatz zu den mehr entwickelten Ökonomien Europas, in denen das Wachstum des BIP in Italien 17,8%, in Deutschland 19,5%, und in Frankreich 30,8% betrug. Es zeigt sich, dass das höhere Wachstum in der „Peripherie“ mit einer höheren Profitabilität und einer Verschlechterung der Leistungsbilanz einherging. Wenn Leistungsbilanzdefizite als Indikator für eine abnehmende Wettbewerbsfähigkeit genommen werden (wie die Mainstream Analysen vermuten), wie kann dann aber ihre positive Korrelation und Wachstum und Profitabilität erklärt werden? Offensichtlich ist eine andere Interpretation nötig.

einem deutlichen Zustrom ausländischer Ersparnisse (in verschiedenen Formen) begleitet. Dies verursachte anhaltende Überschüsse in der Kapitalbilanz. Die gleichzeitigen Defizite in den Handels- und Leistungsbilanzen spiegeln genau diese Erhöhung der Binnenmarktnachfrage und den Zufluss von ausländischen Investitionen (insbesondere Portfolio-Investitionen) wieder.

So gesehen sind *Defizite der Leistungsbilanz ebenso wenig das Ergebnis von unvorsichtiger Kreditaufnahme wie von wirtschaftlicher Schwäche. Sie spiegeln vielmehr die erheblichen Kapitalzuflüsse und die damit verbundene Zunahme von privater Verschuldung in Ländern mit starken Wachstumsperspektiven wieder.* Beide Faktoren steigerten die private Nachfrage, was sich negativ in der Leistungsbilanz niederschlug und einen Aufwertungsdruck auf den realen Wechselkurs erzeugte.

Die Ungleichgewichte der Leistungsbilanz innerhalb der Eurozone sind also das Ergebnis einer speziellen Symbiose, die mit der Währungsunion zusammen hängt. Defizite der Leistungsbilanz müssen, in anderen Worten, *nicht* als unmittelbares Ergebnis mangelnder Wettbewerbsfähigkeit erklärt werden, und sie müssen ebenso wenig als Folge leichtsinniger Verschuldung in einer Situation niedriger Zinsen (Markt-Fehlbewertungen) gelten. So gesehen sind Ungleichgewichte der Leistungsbilanz nicht „gut“ oder „schlecht“: Sie resultieren aus der Entwicklung im Kontext der speziellen Symbiose der Länder innerhalb der EWU. Unsere grundsätzliche Folgerung lautet daher: *Ungleichgewichte der Leistungsbilanz sind in erster Linie als Finanzungleichgewichte zu verstehen.*

Der wesentliche Punkt ist hier, dass die Eurozone keine einheitliche Ökonomie darstellt, sondern *eine Währungsunion, innerhalb derer die Entwicklungen in zwei verschiedenen Geschwindigkeiten erfolgten.* Oder anders ausgedrückt: es handelt sich um eine Wirtschaftsregion mit einer einzigen Währung, aber mit sozialen Formationen, die unterschiedliche Wachstumsperspektiven aufweisen.

Diese Art der Symbiose im EU Binnenmarkt ist *instabil und anfällig für eine Neubewertung des finanziellen Risikos seitens der Geldmärkte.* Aus der Wirtschaftskrise von 2008 resultierte also ein Stopp der Kapitalströme nach Griechenland und den anderen „Risikostaaten“, die jetzt die Zahlungsbilanzdefizite hauptsächlich durch Anleihen finanzieren müssen.

3. Die prekäre Gebilde der Eurozone und die entscheidende Rolle der EZB

Als „letzter Kreditgeber“ fungiert eine Zentralbank gegenüber den Banken. Aber implizit auch gegenüber der Regierung. Zum Beispiel, indem sie Anleihen des Staates kauft, wenn er von den Finanzanlegern kein Geld mehr bekommt. Wenn eine Zentralbank der Regierung im Krisenfall Geld leiht und dafür Geld schöpft, so bedeutet das: Der Staat nutzt die Tatsache, dass das Geld (Euro, Dollar etc.) sein Geld ist, dass es unter seiner Kontrolle steht, dass er es „produzieren“ kann. Das Geld untersteht seiner Hoheit. Diese Hoheit kann er auch nutzen, indem die Zentralbank Anleihen kaufen lässt, um die Zinsen zu senken, die der Staat auf seine Schulden zahlen muss.

Diese Form der „monetären Staatsfinanzierung“ ist der EZB jedoch stark eingeschränkt. Die EZB wurde vom Anfang an als eine „unkonventionelle“ Zentralbank konstituiert. Um den ganzen Euro-Wirtschaftsraum unter dem Diktat der Finanzmärkte unterzuwerfen, haben alle Eurozone Regierungen bei der Gründung der EZB darauf beschlossen, dass die EZB kein „letzter Kreditgeber“ für die Eurozone Länder sein darf.

Wenn also die Eurostaaten sich verschulden, dann ist das, als würden sie sich in einer Fremdwährung verschulden. Der Euro ist zwar ihre Währung, aber eine Währung, über die sie nicht autonom verfügen können. Sich in Fremdwährung verschulden zu müssen, das ist eigentlich das Schicksal von Staaten mit sogenannten „Schwachwährungen“.

Für die Euro-Länder, die in Krisenzeiten Schwierigkeiten haben ihre Anleihen auszuzahlen, bleibt also nur ein Weg offen, *wenn um Regierungen handelt, die von der neoliberalen Agenda nicht abweichen wollen*: Fiskalische Stabilisierung durch Einschränkung des öffentlichen Spendens, d.h. Akzentuierung der Austerität und Weiterabbau des Sozialstaates.

Die Eurozone wurde also von den regierenden ökonomischen und politischen Eliten als ein prekäres Gebilde gebaut, mit dem einzigen Ziel, die neoliberale Agenda sicherzustellen und zu verewigen. Die Europäische Zentralbank ist für die Euroländer nicht „ihre“ Zentralbank und der Euro ist nicht „ihr“ Geld, im konventionellen Sinne. Ganz anders in den USA, wo die Zentralbank die Menge Geld schöpft, die sie für das Funktionieren des Gesamtsystems für nötig hält.⁴

4. Auch die US-Zentralbank kauft Staatsanleihen nicht direkt der Regierung ab. Allerdings kauft sie diese Anleihen in großem Umfang den Finanzanlegern ab, was letztlich den gleichen Effekt hat.

Griechenland und die anderen Krisenländer könnten und können daher nicht auf die EZB zurückgreifen. Wie die EZB ihnen helfen kann und hilft, ist ein politischer Entschluss, der unter den heutigen politischen Kräfteverhältnissen die Durchsetzung von harten Sparprogrammen, mit oder ohne Troika bedeutet. Es ist klar, dass wir, als Arbeitende oder Arbeitslose, für die Veränderung dieser Kräfteverhältnisse kämpfen müssen

Austerität, d.h. die europäische Strategie des Reagierens auf die Krise hat als wesentliches Ziel die weitere Verankerung der neoliberalen Agenda. Während man die einzelnen Länder auf den Pfad der konservativen Transformation führt, indem sie dem Druck der Märkte ausgesetzt werden, hinkt dieser Prozess hinter den „realen“ Erfordernissen der Zeit stets einen Schritt hinterher. Die Kommentatoren, die die europäischen Politiker in diesem Punkt als „mutlos“ oder sogar „irrational“ kritisieren, verstehen dies allerdings falsch, denn es geht darum, die neoliberale, auf Stärkung der Profitabilität zielende Agenda durchzusetzen, ohne die Funktionsweise der Märkte zu beeinträchtigen. Mit anderen Worten: Die aggressiven neoliberalen Maßnahmen und Reformen wären in den Mitgliedsländern nicht durchgesetzt worden, wenn die EZB von Anfang an als Fiskalagent aufgetreten wäre, wenn ihre Interventionen in den sekundären Staatsschulden-Märkten umfassender und kontinuierlicher gewesen wären, wenn die Wirkungsmächtigkeit der *European Financial Stability Facility* (EFSF) oder des *European Stability Mechanism* (ESM) den zentralen Problemen der Staaten angemessen gewesen wäre ... *Der tiefgreifende Charakter der Krise hätte vermieden werden können, aber dies hätte eine grundsätzlich andere Richtung bedeutet: den Lebensstandard und die Rechte der arbeitenden Klassen zu sichern.* Das wäre ein anderes Europa gewesen, aber eben: ein Europa, das sich nicht bedingungslos den Interessen des Kapitals unterwirft.

Für die tatsächlich eingeschlagene Strategie war die Krise dagegen eine Gelegenheit zur historischen Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten des Kapitals, indem die europäischen Gesellschaften den Bedingungen des uneingeschränkten Funktionierens der Märkte ausgeliefert wurden.

4. Die Alternative für ein demokratisches und gerechtes Griechenland in einem sozialen Europa

Griechenland und Europa brauchen dringend einen Politikwechsel zu Gunsten der

sozialen Mehrheit: Kurz ein Programm der progressiven Einkommens- und Machtumverteilung, was für Griechenland eine neue progressive Regierung voraussetzt. Der Kurs der herrschenden Eliten und ihrer Kürzungspolitik bedroht nicht nur Griechenland sondern ganz Europa.

Eine alternative progressive Regierung soll auf etwa folgenden sieben politischen Hauptlinien richten:

- Bekämpfung der humanitären Krise. Allen Leuten, die im Lande wohnen, soll Zugang zu den lebensnotwendigen Bedarfsgütern gewährleistet werden (Nahrung, Wohnraum, Wärme, Wasser, Internet und Energie).
- Rückgewinnung des Arbeitsmarkts und der Verhandlungskapazität der Arbeitenden, durch Erhöhung des Mindestlohns auf die 2011 Ebene (751 statt 586 Euro pro Monat), Wiedereinführung der Tarifverträge in allen ökonomischen Bereichen, Verbot der Leiharbeit, Umwandlung prekärer Jobs in sozialversicherungspflichtige, unbefristete Beschäftigungsverhältnisse, Bekämpfung der Schwarzarbeit, mit einem Wort Gute Arbeit und soziale Sicherheit.
- Notprogramme zu Bekämpfung der enormen Arbeitslosigkeit, mit Schwerpunkt zur Entwicklung des institutionellen und juristischen Rahmens für die Entwicklung der „sozialen Ökonomie“ und der „sozialen Unternehmerschaft“, d.h. die Verbindung der stillen Produktionsanlagen mit kooperativen Entwürfen von seitens Arbeitslosen, Jungen, Arbeiter- und Bauernverbände usw., eine Unternehmerschaft die am gesellschaftlichen Bedarf, nicht am Profit ausgerichtet. Dazu ein Investitionsprogramm, das den wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht und die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt.
- Öffentliche Kontrolle des Bankensektors und Wiederschaffung von speziellen Investitionsschemen zur Förderung des produktiven Wiederaufbaus und der sozialen Kohäsion auch auf kommunaler, lokaler und sektoraler Ebene. Wenn Kredite vergeben werden, müssen sie mit einer Sozialcharta verbunden werden.
- Einführung von einem gerechten, stabilen und einfachen Steuersystem, das die große Mehrheit der niedrigen und mittleren Einkommen, die heute überbesteuer werden, erleichtert, Steuerdumping für Großunternehmen und

die Reichen beendet und die enorme Steuerflucht bekämpft. Während der Krisenjahre, haben nicht nur die Vermögen und der private Reichtum sich ungleich entwickelt, auch die Schere der Einkommen hat sich sehr stark geöffnet. Das neue Steuersystem soll endlich Steuergerechtigkeit herstellen - kleinere und mittlere Einkommen entlasten. Die Wohlhabenden und die Unternehmen müssen ihren Anteil zur Finanzierung des Gemeinwesens, der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Dienste leisten. Es muss auf Umverteilung von oben nach unten, von privat zu öffentlich und auf Umverteilung zugunsten eines zukunftsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, das sich an sozialen und ökologischen Bedürfnissen und Interessen ausrichten. Die fiskalische Stabilisierung muss auf die Basis eines solchen gerechten Steuersystems erzielt werden.

- Wiederaufbau und Ausbreitung von demokratischen Institutionen, die Bürgerentscheide stärken. Gleichzeitig Reform des öffentlichen Sektors, damit der Staat vom Klientelismus und Korruption befreit wird. Transparenz und soziale Kontrolle in alle öffentlichen Dienste.
- Verhandlungen mit den EU Behörden über die Restrukturierung der Staatsschulden. Die gegenwärtige Staatsverschuldung liegt in Griechenland (wie in einigen anderen Mitgliedsstaaten) mittlerweile auf einem untragbar hohen Niveau. Die Schulden wirken wie eine Bremse für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, *unterlaufen die Solvenz der ganzen Eurozone und können doch nie vollständig zurückgezahlt werden*. Es sollte ein Programm zur Restrukturierung der Staatsschulden festgelegt werden, wie auch schon von der großen Mehrheit der wissenschaftlichen Gemeinde unterstützt wird.

Auf der europäischen Ebene, brauchen wir ein neues Kräfteverhältnis um die neoliberale Struktur und Funktionsweise der Eurozone zu überwinden.

- Die öffentliche Kreditaufnahme muss von den Finanzmärkten befreit werden.

Die EZB soll die Staaten in einem festgelegten Rahmen direkt finanzieren.

Die Geldpolitik der EZB muss unter demokratische Kontrolle gestellt und in den politischen Entscheidungsprozess der EU einbezogen werden. Die EZB ist in ihren Entscheidungen formell unabhängig von staatlichen Stellen, doch eben nicht unabhängig von der neoliberalen Agenda und von privaten Interessen und

Finanzinstitutionen, die tagtäglich Einfluss auf die Entscheidungen der Zentralbank ausüben. Die Politik der EZB sollte darauf ausgerichtet sein, mit zinsgünstigen Krediten Investitionen und Beschäftigung zu fördern.

- Wir brauchen auch EU-weite Volksentscheide einzuführen. Die Bürgerinnen und Bürger in der gesamten EU sollen am gleichen Tag über die Änderung der EU-Verträge abstimmen können.